

Soziale Gerechtigkeit für alle Mütter

In der Koalitionsrunde am 1. Juli 1986 wurde unter Vorsitz des Bundeskanzlers Helmut Kohl beschlossen: Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden in die Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung einbezogen, unabhängig davon, ob sie eine Rente beziehen oder nicht.

Die Leistung wird als Zuschlag zur Rente gezahlt. Bezieht die Mutter keine Rente, werden ihr die Kindererziehungszeiten anerkannt, ohne daß weitere rentenrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten führt nicht zur Anrechnung weiterer bisher nicht berücksichtigter Versicherungszeiten.

Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 erhalten — wie grundsätzlich auch die jüngeren Mütter — für jedes Kind einen Betrag, der einem Versicherungsjahr auf der Grundlage von 75 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Versicherten entspricht (1986 rund 25 Mark monatlich).

Die Regelung wird nach Geburtsjahrgängen gestaffelt in folgenden Stufen eingeführt:

- Vom 1. Oktober 1987 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1906 und früher,
- vom 1. Oktober 1988 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1911 und früher,
- vom 1. Oktober 1989 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1916 und früher,
- vom 1. Oktober 1990 an werden alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 begünstigt.

Die Regelung soll im Interesse der begünstigten

HEUTE LESEN SIE:

- **25 JAHRE MAUERBAU**
Die CDU-Verbände sollten den 13. August nicht ohne Aktionen vorübergehen lassen. An diesem Tage jährt sich zum 25. Male der schändliche Mauerbau mitten durch Berlin. Tips für Aktionen auf den Seiten 19/20
- **FLUGBLATT**
Vor 30 Jahren (am 7. Juli 1956) beschloß der Deutsche Bundestag die allgemeine Wehrpflicht. Dazu gibt es ein Flugblatt „Zur Sache“. Seite 21
- **DOKUMENTATION**
„Die Tagesordnung der Zukunft“. Rede von Helmut Kohl im Berliner Reichstag. Grüner Teil.

Ein Sommer mit der
CDU

„Weiter so, Helmut Kohl“, heißt die neue Zeitung „CDU extra“, die sich hervorragend für Verteilaktionen eignet. Außerdem bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein „Gesundheitsrad“ an und vier „Pflanzwürfel“. Näheres auf den Seiten 22 und 23.

Mütter und der Verwaltung so einfach wie möglich ausgestaltet werden.

Die Kosten trägt der Bund. Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird der Bundeshaushalt um 2,6 Milliarden Mark jährlich entlastet durch Neuordnung der Finanzbeziehungen des Bundes zur Bundesanstalt für Arbeit. In Verbindung mit dieser Maßnahme werden Beitragserhöhungen ausgeschlossen. Der Bundesarbeitsminister wird beauftragt, die Vorbereitungen so zu treffen, daß die Neuregelungen zum 1. Oktober 1987 in Kraft treten.

Norbert Blüm: Die SPD hat 13 Jahre Zeit gehabt und überhaupt nichts getan

Wir halten Wort: Auch die Mütter, die vor 1921 geboren wurden, werden in die Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht einbezogen. Das ist nur möglich, weil wir zunächst den ersten Schritt getan hatten: die Anerkennung von Kindererziehungszeiten beim Rentenzugang. Das entspricht der alten sozialpolitischen Handlungsregel: Veränderungen betreffen die Zukunft. Unser erster Schritt hat die Rentenversicherung wesentlich vorangebracht: Erstmals in ihrer hundertjährigen Geschichte wurden neben den Rentnern und Aktiven die Kinder in den Generationenvertrag einbezogen. Erziehungsarbeit in der Familie wurde der Erwerbsarbeit gleichgestellt. Das ist eine qualitativ neue Sozialpolitik, die anerkennt, daß ohne die Erziehungsleistung der Generationenvertrag gar nicht erfüllbar wäre.

Erziehungsjahre wirken sowohl rentenbegründend als auch rentensteigernd. Früher waren 15 Jahre Beitragszahlung nötig, um überhaupt einen Altersrentenan-spruch zu bekommen. Heute beträgt die Mindestbeitragszeit fünf Jahre, und sie kann sowohl durch Erziehungsjahre als auch durch Beitragszahlungen erfüllt

werden. Das ist ein rentenpolitischer Durchbruch — in der Dimension nur vergleichbar mit der großen Rentenreform von 1957.

Dieses Modell — nicht nur für den Rentenzugang, sondern für alle Jahrgänge sofort angewendet — hätte zusätzlich annähernd sechs Milliarden DM jährlich gekostet. Jedem war klar, daß dies nicht finanzierbar war. Es mußte eine Stufenlösung gefunden werden, die sowohl solide finanzierbar als auch sozialpolitisch befriedigend ist.

Zum 1. 1. 1986 wurde zunächst eine Regelung geschaffen für Mütter, die nach Inkrafttreten des Gesetzes die Altersgrenze von 65 Jahren erreichen oder in Rente gehen. Und nun hat die Koalition die zweite Stufe beschlossen. In vier Schritten werden auch die vor 1921 geborenen Frauen in die Erziehungszeiten-Regelung hineingeholt — die ältesten Jahrgänge zuerst. In vier Jahren — also 1990 — gibt es das Erziehungsjahr auch für alle Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921.

Für die Jahrgänge vor 1921 wird die Leistung als Zuschlag zur Rente gezahlt. Auch wer keine Rente hat, erhält die Leistung in Höhe von rund 25 DM pro Kind monatlich. Selbst wer nur ein Kind erzo-gen hat. Das ist eine unbürokratische Regelung; denn es wäre organisatorisch kaum zu bewältigen, innerhalb kürzester Zeit Millionen Rentenbiographien neu zu schreiben.

Die Kosten der Erziehungsregelung — und zwar für alle Jahrgänge — trägt der Bund. Denn Familienlastenausgleich ist nicht nur Sache der Rentenversicherung, sondern der Steuerzahler. Steuern werden nach Leistungskraft progressiv gestaffelt gezahlt — Beiträge nach gleichen Prozentsätzen und nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Wenn also sozialer Ausgleich über die Rentenversicherung finanziert würde, müßten die Bezieher kleiner

Im Juni über 43000 Arbeitslose weniger

Die Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik im Juni um 43792 zurückgegangen. Am Monatsende waren 2078 185 Menschen (1077 416 Männer und 1000 769 Frauen) ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote verringerte sich gegenüber dem Monat Mai von 8,5 auf 8,4 Prozent.

Hierzu erklärte **Bernhard Jagoda**, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Arbeitsmarktdaten im Juni dieses Jahres bestätigen nunmehr seit mehreren Monaten die positive Trendwende im Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem. Die Arbeitsmarktsituation hat sich im Juni nochmals gegenüber Mai verbessert. Nicht nur die Arbeitslosenzahlen sind niedriger. Auch die Kurzarbeit ist erneut zurückgegangen. Arbeitslosigkeit und

Kurzarbeit sind spürbar niedriger als im Juni 1985.

Die Zahl der offenen Stellen liegt deutlich höher als jeweils im Juni der Vorjahre. Dies ist ein gutes Signal, das auf eine für das zweite Halbjahr insgesamt günstige weitere Arbeitsmarktentwicklung schließen läßt.

Diese Ausgangssituation ist eine gute Basis dafür, daß es im Herbst möglich sein wird, starke Jugendjahrgänge besser und schneller in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem einzugliedern, als dies in früheren Jahren der Fall war. Insgesamt zeichnet sich für 1986 unter Berücksichtigung auch des zahlenmäßig steigenden Arbeitskräftepotentials eine positive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung ab, die auch für 1987 Hoffnungen auf mehr Beschäftigung und Reduzierung der Arbeitslosigkeit zuläßt.

Einkommen überproportional zahlen. Sozialpolitik darf sich nie nur am Wünschbaren orientieren; sie kann immer nur das Machbare tun. Wir kommen mit unserer Regelung dem Ziel, in der Rente Kindererziehungszeiten für alle zu berücksichtigen, Schritt für Schritt näher. Denn in vier Jahren sind alle in der Regelung!

Selten war eine Kritik heuchlerischer als die der SPD an unserem Modell. Denn sie hat 13 Jahre Zeit gehabt und nichts getan. Und die Regelung, die sie während ihrer Regierungszeit 1972 vorschlug, sollte ebenfalls nur für die Zukunft gelten. Aber mehr noch: Es sollte durch die Rentenversicherung und nicht durch den Bund gezahlt werden, es sollte sich in der Höhe nach dem Einkommen richten und

hätte damit zwischen 2,50 DM und 50,00 DM ausgemacht.

Danach hat sich die SPD erst wieder in der Opposition zu einem Gesetzentwurf aufgerafft. Und auch der steckt voller Ungereimtheiten. Denn nach dem jetzigen Vorschlag der SPD sollen rund 800 000 Mütter der Jahrgänge vor 1921, die keine Rente beziehen, selbst dann nichts bekommen, wenn sie 10 Kinder hatten. Und besonders makaber: Den Zuschlag zur Witwenrente soll es nur geben, wenn der Mann schon am 1. 1. 1986 tot war.

Die Bundesregierung schafft soziale Gerechtigkeit für alle, solide finanziert, Schritt für Schritt. Die SPD dagegen grenzt hartherzig einen Teil der Mütter auf Dauer aus. (Entnommen aus der „Welt“

CDU für Wahlkampf- und Fairneß-Abkommen

Zu der Diskussion um ein Abkommen über Fairneß im Wahlkampf und über eine Begrenzung der Wahlkampfkosten erklärt der Bundesgeschäftsführer der CDU, Peter Radunski:

Die Christlich Demokratische Union ist seit jeher für ein Wahlkampfabkommen eingetreten. Das gilt nicht nur für eine Begrenzung der Wahlkampfkosten mit dem Ziel einer sparsamen Wahlkampf-führung. Darüber hinaus spricht sich die CDU für ein Fairneß-Abkommen aus. Denn auch im Wahlkampf darf der demokratische Grundkonsens und der Konsens über die politischen Werte, die in der Verfassung niedergelegt sind, nicht beschädigt werden. Politische Gegnerschaft bedeutet nicht Feindschaft. Die Union versteht Wahlkämpfe nicht als Vernichtungsfeldzüge, sondern als Wettbewerb um das beste Konzept für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes als moderner Industrienation in

einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Die Grundsätze zur Führung eines fairen und sachlichen Wahlkampfs müssen nach Meinung der CDU neben allgemeinen Grundsätzen auch eine Reihe konkreter Selbstverpflichtungen enthalten. Dazu zählen beispielsweise:

- Die Verpflichtung, organisierte Störungen von Wahlveranstaltungen anderer Parteien zu unterlassen und sich auch nicht an solchen Störungen durch Dritte zu beteiligen.
- Die Aufforderung an die Mitglieder, Plakate anderer Parteien nicht zu entfernen oder zu beschädigen.
- Die Verpflichtung, sich von Äußerungen Dritter zu distanzieren, die in Publikationen oder sonstiger Weise öffentlich unwahre, verleumderische oder beleidigende Behauptungen erheben und diese gleichzeitig mit einer Unterstützungserklärung für eine der Parteien verbinden.
- Die Verpflichtung, daß sich die Repräsentanten der Parteien entsprechend den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes verhalten. ■

Fink: Rentenerhöhung bedeutet reale Steigerung

Zur Rentenanpassung um effektiv 2,15 Prozent schreibt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Sozialpolitik“ der CDU, Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin: Die Renten werden um effektiv 2,15 Prozent angehoben. Da wir jetzt Preisstabilität haben, werden die Rentenerhöhungen nicht mehr von der Inflation aufgeessen.

Unter der SPD-Regierung war das anders: So wurden 1980 bis 1981 die Renten zwar um jeweils vier Prozent erhöht, aber 5,4 beziehungsweise 6,12 Prozent Preissteigerung machten daraus eine reale Einbuße.

Die damaligen Renten-„Steigerungen“ fanden nur auf dem Papier statt, nicht aber im Geldbeutel, weil die Inflation die Rentenerhöhungen auffraß.

Die stabilen Preise von heute kommen ganz besonders den Rentnern zugute, die aus ihrer leidvollen Lebenserfahrung wissen, wie wichtig eine stabile Währung ist.

Doch das Ergebnis der erfolgreichen Politik der Regierung Helmut Kohl ist auch und insbesondere, daß die Renten wieder sicher sind. Das bestätigen jetzt sowohl die Praktiker der Rentenversicherung als auch die Wissenschaftler des Sozialbeirats.

Gerhard Stoltenberg:

Wir setzen auch 1987 unsere solide Haushaltspolitik fort

Das Bundeskabinett hat auf seiner Sitzung am 1. Juli 1986 den Entwurf des Bundeshaushalts 1987 und den Finanzplan des Bundes 1986 bis 1990 beschlossen. Für den Bundeshaushalt 1987 sind Einnahmen und Ausgaben von 271 Mrd. DM vorgesehen. Gegenüber dem Bundeshaushalt 1986 wächst das Haushaltsvolumen um 2,9 Prozent und bleibt damit weiterhin im Rahmen der 3-Prozent-Linie, die sich die Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode als Obergrenze gesetzt hat. Die Nettokreditaufnahme wird 1987 gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um rd. 0,6 auf 24,3 Mrd. DM geringfügig steigen. Nach einem voraussichtlichen weiteren Anstieg 1988 auf 26,0 Mrd. DM soll die Neuverschuldung bis 1990 auf 22,3 Mrd. DM zurückgeführt werden.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** betonte im Kabinett, die Bundesregierung werde den bisherigen Kurs der soliden Finanzpolitik fortsetzen. Die zurückhaltende Ausgabenpolitik sei erforderlich, um so den notwendigen Spielraum für eine große Steuerreform und spürbare Steuersenkungen in der nächsten Legislaturperiode zu schaffen: Individuelle Leistung solle damit noch stärker als bisher gefördert werden.

Ein verlässlicher Kurs

Vor der Bundespressekonferenz erklärte Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** am 2. Juli 1986: Die Finanzpolitik des Bundes befindet sich seit Ende 1982 auf geradem und verlässlichem Kurs:

Nach einem neunprozentigen Ausgabenwachstum im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre stiegen die Ausgaben seither nur noch um weniger als drei Prozent und damit deutlich schwächer als das nominale Bruttosozialprodukt. Dieser Kurs hat sich als erfolgreich erwiesen. Die öffentliche Neuverschuldung konnte mehr als halbiert werden — allerdings ist sie immer noch zu hoch. Die Wirtschaft befindet sich in einem stetigen, sich selbst tragenden Aufschwung. **Niedrige Zinsen, höhere Einkommen bei stabilen Preisen, ein Anstieg der Beschäftigung, Steuersenkungen und der Rückgang der Ölpreise machen nun auch den privaten Verbrauch zu einer kräftigen Stütze der wirtschaftlichen Belegung.**

Das Vertrauen von Investoren, Verbrauchern und Sparern hat sich weiter gefestigt. Trotz unverkennbarer außenwirtschaftlicher Risiken besteht gute Aussicht, daß die günstige Wirtschaftsentwicklung auch 1987 im fünften Jahr hintereinander weiter anhalten wird. Ein finanzpolitischer Kurswechsel kommt in dieser Situation nicht in Betracht. Die zurückhaltende Ausgabenpolitik muß über 1987 hinaus fortgesetzt werden. Besonders für den Bund ist dies eine unabwendbare Notwendigkeit, weil sich seine Einnahmen ungünstig entwickeln. Durch die Übertragung von Steueranteilen an die EG (ab 1986 jährlich 4,5 Mrd. DM), die Steuersenkungen (in 1986 jährlich 5,5 Mrd. DM) und den starken Rückgang des Bundesbankgewinns (1987 um rd. 5,5 Mrd. DM) verliert der Bund in kurzer Zeit insgesamt rd. 15 Mrd. DM Einnahmen.

Auf diesem Hintergrund ist die geringfügige vorübergehende Erhöhung der geplanten Nettokreditaufnahme begründet. Nur durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik kann der Spielraum für eine Steuerreform in der kommenden Wahlperiode gesichert werden, die notwendig ist, um die individuelle Leistung noch stärker als bisher zu fördern, die Bundesrepublik angesichts bevorstehender Steuerrechtsänderungen im Ausland als Industriestandort wettbewerbsfähig zu halten und die Beschäftigungsmöglichkeiten noch weiter zu verbessern.

Die Gesamtausgaben des Bundes sollen wie im bisherigen Finanzplan in den Jahren ab 1987 jeweils um 2,9 Prozent steigen. Die Ausgabenansätze 1987 liegen um 700 Mill. DM unter dem 1986 beschlossenen Finanzplan. Im Rahmen dieser vorgesehenen niedrigeren Gesamtausgaben ist im einzelnen ein Mehrbedarf gegenüber dem Finanzplan von mehr als zwei Mrd. DM aufgefangan worden. Dazu gehören insbesondere 1,4 Mrd. DM für die Kokskohlenbeihilfe nach dem Hüttenvertrag 1977 auf Grund der Entwicklung des Dollarkurses und 740 Mill. DM für die Kostenentlastung in der agrarsozialen Sicherung und für andere agrarpolitische Maßnahmen. Dies war nur möglich, indem Ressortvorhaben zurückgestellt wurden und Minderbedarf auf Grund des gesunkenen Zinsniveaus von 1,5 Mrd. DM zum Ausgleich diente. Daneben haben die günstigere Beschäftigungslage sowie die im Vorjahr eingeführten Verbesserungen beim Arbeitslosengeld es ermöglicht, die Ansätze für die Arbeitslosenhilfe um 0,5 Mrd. DM zu senken.

Rückläufige Einnahmen

Auf der Einnahmenseite wird der Bund von der schwachen Umsatzsteuerentwicklung als Folge des Rückgangs der Infla-

tionsrate stärker getroffen als die Länder. Die Steuereinnahmen des Bundes gehen daher nach der Steuerschätzung vom Mai 1986 gegenüber der letztjährigen Schätzung leicht zurück, während sich für die Länder und Gemeinden zusammen spürbare Zuwächse ergeben; in deren Ergebnis schlägt sich vor allem die Lohn- und Einkommensentwicklung nieder. Die Bundesbank wird 1987 voraussichtlich nur noch 7 Mrd. DM als Gewinn an den Bund abführen. Im Vergleich zu 1986 ist das ein Rückgang um 5,66 Mrd. DM.

Die Investitionen werden 1987 gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 300 Mill. DM auf 34,8 Mrd. DM ansteigen. Auch in den Folgejahren sind leichte Erhöhungen vorgesehen. Der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben wird jedoch in den kommenden Jahren etwas zurückgehen. Diese Entwicklung ist bereits seit Anfang der siebziger Jahre zu verzeichnen. Sie beruht jetzt auch auf Vereinbarungen mit den Ländern zum Abbau der Mischfinanzierung.

Die Entwicklung der Finanzhilfen wird maßgeblich von der Dollarkursabhängigkeit der Kokskohlenbeihilfe bestimmt: Nachdem sie bereits im Haushalt 1986 im parlamentarischen Verfahren um 700 Mill. DM auf 1,4 Mrd. DM angehoben werden mußte, steigt der Ansatz 1987 auf 2,1 Mrd. DM an. Etwa in dieser Größenordnung nimmt auch der Umfang der Finanzhilfen von 14,0 Mrd. DM auf 14,7 Mrd. DM zu.

Schuldenanstieg gebremst

Die nationale und internationale Diskussion behandelt immer stärker die Frage der vertretbaren Neuverschuldung des Staates. Sie ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1982 erheblich zurückgeführt worden. 1975 betrug sie 5,2 Prozent des Bruttosozialproduktes. 1981

Entwurf Bundeshaushalt 1987

EINZELPLAN	SOLL 1986	ENTWURF 1987	Veränderung gegen Vorjahr
	— in Mill. DM —		— in v. H. —
01 Bundespräsidialamt	18,6	20,7	+ 11,3
02 Bundestag	474,3	514,5	+ 8,5
03 Bundesrat	12,6	12,3	- 2,4
04 Bundeskanzleramt	501,6	514,5	+ 2,6
05 Auswärtiges Amt	2470,6	2587,6	+ 4,7
06 Inneres	3467,7	3716,7	+ 6,9*)
07 Justiz	385,8	424,7	+ 10,1
08 Finanzen	3465,6	3543,2	+ 2,2*)
09 Wirtschaft	4771,7	5612,3	+ 17,6
10 Ernährung, Landwirtschaft	6924,2	7888,9	+ 13,9
11 Arbeit und Soziales	58489,9	59546,8	+ 1,8
12 Verkehr	25411,9	25588,0	+ 0,7*)
13 Post- und Fernmeldewesen	15,4	32,5	+ 111,0
14 Verteidigung	49911,1	51300,0	+ 2,8*)
15 Jugend, Familie, Gesundheit	18214,2	19023,6	+ 4,4
16 Umwelt, Naturschutz			
Reaktorsicherheit	358,6	429,5	+ 19,8
19 Bundesverfassungsgericht	13,5	14,4	+ 6,7
20 Bundesrechnungshof	41,7	44,3	+ 6,2
23 Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6787,2	6975,0	+ 2,8
25 Raumordnung, Bauwesen	5799,6	6019,2	+ 3,8
27 Innerdeutsche Beziehungen	769,1	809,5	+ 5,3
30 Forschung und Technologie	7410,8	7560,0	+ 2,0
31 Bildung und Wissenschaft	4057,8	3957,7	- 2,5
32 Bundesschuld	34158,6	35090,7	+ 2,7
33 Versorgung	9550,1	9522,5	- 0,3
35 Verteidigungslasten	1767,2	1834,3	+ 3,8
36 Zivile Verteidigung	851,6	866,3	+ 1,7
60 Allgemeine Finanzverwaltung	17379,0	17550,3	+ 1,0
GESAMTSUMME	263480,0	271000,0	+ 2,9

*) Unter Berücksichtigung von Personalverstärkungsmitteln

stieg sie erneut auf 4,5 Prozent an. 1986 wird sie sich demgegenüber noch auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes in kassenmäßiger Abgrenzung belaufen. Damit nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich eine günstige Position ein.

Die Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland steht in der kommenden Wahlperiode vor der Aufgabe, die Voraussetzungen für eine Steuerreform zu gewährleisten, ohne den Konsolidierungskurs in Frage zu stellen. Trotz der erheb-

lich geringeren Nettokreditaufnahme steigen die Zinsbelastungen beim Bund und einigen Bundesländern immer noch etwas stärker an als die Gesamtausgaben.

Die erkennbaren Aufgaben der kommenden Jahre sind lösbar, wenn der Kurs der Begrenzung des Ausgabenwachses konsequent fortgesetzt wird. Es würde auch anderen Ländern nichts nützen, wenn wir im Interesse einer kurzfristigen Wachstumsbeschleunigung bewußt eine stärker steigende Neuverschuldung in Kauf nähmen.

Johannes, der Täuscher

Laut Presseberichten hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident bei seinem Besuch in der Sowjetunion dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow allen Ernstes angeboten, das Wissen und die Kenntnisse des Landes Nordrhein-Westfalen für die Sicherheit der sowjetischen Kernreaktoren verfügbar zu machen. Dazu erklären der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, sowie der nordrhein-westfälische Abgeordnete Heinrich Seesing:

Dies sagt ein Ministerpräsident und Kanzlerkandidat, der sich dem Ausstieg aus der Kernenergie verschrieben hat. Dies ist ja gerade so, als ob jemand seinen Führerschein abgibt und sich daraufhin als Fahrlehrer betätigen möchte. Hier zeigt sich einmal mehr, wie weit sich der SPD-Kanzlerkandidat und Ministerpräsident von seinen eigenen Kabinettskollegen in Nordrhein-Westfalen und von den Ausstiegsbeschlüssen seiner Partei entfernt, wenn es ihm in den Kram paßt. Hier gilt einmal mehr das von Franz Josef Strauß geprägte Wort von „Johannes dem Täuscher“.

Kandidat ohne Kompetenz

Zu den Beschlüssen der SPD-Bezirksparteitage westliches Westfalen und Niederrhein zur künftigen Energiepolitik erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser: Noch bevor der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau seine programmatische Handlungsfähigkeit als Kanzlerkandidat der SPD unter Beweis stellen konnte, haben ihm zwei Bezirke seiner Landespartei — darunter der mitgliederstärkste — bereits das Vertrauen in

bezug auf seine künftige Energiepolitik entzogen.

So zeigt sich: Die große Mehrheit der Ruhrgebiets-SPD lehnt die Energiepolitik der Regierung Rau ab, und in seinem eigenen Kabinett sind die Mehrheitsverhältnisse unsicher. Dem staunenden Publikum bietet sich das Bild eines Kandidaten ohne Kompetenz, der seinen Gesprächspartnern in Moskau Rat und Hilfe deutscher Atom-Experten verspricht — einen Rat, auf den seine eigene Partei offenbar nicht hören will.

Rau hat nichts dazugelernt

Zur Ankündigung einer „Ergänzungsabgabe“ durch den SPD-Kandidaten Rau in der Illustrierten „Bunte“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Mit seiner Absicht, für Ledige mit einem Jahreseinkommen von mehr als 60 000 Mark eine sogenannte Ergänzungsabgabe einzuführen, verlängert der SPD-Kandidat Rau die Liste der Steuererhöhungsvorschläge seiner Partei. Die schon früher angekündigten Steuererhöhungspläne der SPD — wie etwa die mehrfach geforderte Ölimport- und Chemiesteuern sowie die Sparbuchsteuer — führen zu steuerlichen Mehrbelastungen unserer Bürger und der Wirtschaft von mehr als 50 Mrd DM. Mit diesen Mitteln sollen Konjunkturprogramme finanziert werden, deren Arbeitsmarkteffekte vor dem Hintergrund der fehlgeschlagenen Ankurbelungsprogramme der 70er Jahre äußerst zweifelhaft sind. Der Kandidat Rau liefert mit seinem Vorschlag ein weiteres Beispiel für die Tendenz der SPD, fehlende wirtschaftspolitisch sinnvolle Konzepte durch Geldausgaben zu über-tünchen.

Walter Wallmann zum Verhältnis von Energiepolitik und Umweltschutz

Der Bundesfachausschuß „Energiepolitik“ der CDU hat am 3. Juli unter Leitung seines Vorsitzenden, MdB Ludwig Gerstein, über die Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl für die Energiepolitik der CDU beraten. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die vom Bundesfachausschuß erarbeiteten Leitlinien der CDU nach Tschernobyl geändert werden müssen. Zu der Sitzung waren Sachverständige eingeladen, die zur energiepolitischen Lage und nach Tschernobyl Stellung nahmen.

Prof. Birkhofer, der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, wies darauf hin, daß die Sicherheitsanforderungen an deutsche Kernkraftwerke fortlaufend den neuesten Erkenntnissen angepaßt würden. So werde die höchstmögliche Sicherheit bei den deutschen Kernkraftwerken gewährleistet. Der Unfallhergang von Tschernobyl könne sich in einem deutschen Kernkraftwerk nicht wiederholen.

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der VEBA, nahm aus der Sicht eines Kernenergie-Unternehmens Stellung. Er wies darauf hin, daß bei einem Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie zwar die Lichter nicht ausgingen, doch energie-intensive Wirtschaftszweige dadurch wettbewerbsunfähig würden. Er sprach sich dafür aus, ohne Zeitdruck über die weitere Zukunft der Kernenergie zu diskutieren.

Prof. Alfred Voß vom Institut für Kernenergie und Energiesysteme der Universität Stuttgart ging auf die umstrittene Frage ein, in welchem Umfang Strom aus

Kernenergie durch regenerative Energiequellen ersetzt werden könne. Trotz eines großen Potentials könnten aufgrund technischer und ökonomischer Begrenzungen bis zum Jahr 2000 nur vier bis fünf Prozent des Energieverbrauchs durch solche Energiequellen gedeckt werden. Auch bei den alternativen Energien müßten die entstehenden Risiken für Mensch und Umwelt berücksichtigt werden.

Bundesminister Walter Wallmann trug in dieser Sitzung grundsätzliche Überlegungen zur Energiepolitik vor:

Wie Sie wissen, ressortiert die Energiepolitik nicht beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sondern beim Bundesminister für Wirtschaft und — soweit es um Erforschung und Entwicklung von Energiequellen geht — beim Bundesminister für Forschung und Technologie. Gleichwohl fühle ich mich in diesem Kreise durchaus nicht unzuständig. **Energiepolitik muß in einem sachlichen und politischen Gesamtzusammenhang gesehen werden.** Ich vertrete dabei einen ganz bestimmten Aspekt der Energiepolitik, der mit den anderen Aspekten untrennbar verknüpft sein muß:

Umweltpolitik kann sich heute weniger denn je darin erschöpfen, die negativen Begleiterscheinungen und Folgen der Energiegewinnung gleichsam post festum zu beseitigen. **Der Schutz unserer Umwelt muß in allen unseren energiepolitischen Überlegungen von vornherein gegenwärtig sein, muß unserer Energiepolitik von vornherein Grenzen, aber auch Ziele setzen.**

Der Entwurf für die neuen energiepolitischen Leitlinien der CDU zeichnet sich

unter anderem dadurch aus, daß er den **Weg zu einem Gesamtkonzept** weist, in dem alle Facetten der Energiepolitik, nämlich Wirtschaft, Forschung und Umwelt, integriert sind. **In dieser Gesamtschau sind Wirtschaft, Forschung und Umwelt keine eigengesetzlichen oder gar antagonistischen Bereiche, sondern Elemente ein und derselben Politik aus christlicher Verantwortung, die sich am Leitbild einer humanen Gesellschaft orientiert.**

Die energiepolitischen Diskussionen der letzten Jahre — ganz besonders gilt das für die Tage und Wochen nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl — sind geprägt gewesen von der menschlich verständlichen Neigung, komplexe Probleme in schlichte Ja/Nein-Schemata zu zwingen. Es erfordert ein hohes Maß an intellektueller Redlichkeit und Anstrengung, solchen Versuchen zu „**schrecklichen Vereinfachungen**“ zu widerstehen.

Die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie findet ja auch deshalb so viele Befürworter, weil sie eine ganz simple und daher auf den ersten Blick verführerisch plausible Lösung verspricht. Aber ich denke, wir sind dazu aufgerufen, genauer hinzusehen und nicht einfach den bequemen Weg zu gehen. Wir müssen es aushalten, daß wir mit einer differenzierten Position niemals everybody's darling sein werden. Ich vertraue allerdings auch auf die **Bereitschaft und die Fähigkeit** der Bürgerinnen und Bürger, **sich durch Argumente überzeugen zu lassen**. Wir müssen unsere Mitbürger immer wieder hinweisen auf die Folgen für die Gesundheit der Menschen, Folgen für die Umwelt, auf die sozialen und ökonomischen Kosten, die ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie nach sich zöge. Und wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger immer wieder ermutigen zur **Skepsis gegenüber den falschen Propheten und Parteitaktikern**, die

die Risiken eines sofortigen Ausstiegs wohlweislich verschweigen.

Die Lage — und wenn Sie so wollen — und die Not des Politikers besteht darin, daß er sehr häufig nicht vor der Wahl zwischen eindeutig richtigen und eindeutig falschen Lösungen steht. Er hat vielmehr ständig abzuwägen zwischen unterschiedlichen Folgen, die er bewirken kann, und das können auch **Risikoabwägungen** sein. Er steht täglich vor der schwierigen Aufgabe, konkurrierende Ziele und Werte so miteinander in Einklang zu bringen, daß sie in praktischer Konkordanz neben- und miteinander bestehen können. Es geht dabei letztlich um das **Prinzip der Verantwortungsethik**, um ein Wort Max Webers aufzunehmen. In seiner großen Schrift vom Beruf des Politikers macht er die Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Und ich glaube, daß nur das Prinzip der Verantwortungsethik den Politiker befähigen kann, verantwortungsbeußt zu handeln.

Das „**Aussteigen**“ aus einer konflikthafte Situation, in der entschieden werden muß, **ist eine Pseudolösung**. Wer sich die Hände in Unschuld wäscht, kann sie sich gerade dadurch schmutzig machen. Wir werden — und das gilt, solange Menschen leben — nie mit letzter Gewißheit falsche Entscheidungen ausschließen können; denn den Ausstieg aus der condition humaine gibt es nicht. Wir können jedoch mit den Mitteln der Vernunft, mit Argumenten und Sachkunde darauf hinarbeiten, daß verbleibende Risiken ständig weiter gemindert werden.

Die **Auseinandersetzung um den richtigen Weg in der Energiepolitik** erweist sich damit als ein Testfall für den Zustand unserer politischen Kultur; **ein Testfall für unsere Verantwortlichkeit**. Wir müssen und wir wollen die Gewissensentscheidungen unserer Mitbürger, die anderer Meinung

sind als wir, respektieren. Aber wir dürfen auch von ihnen erwarten, daß sie unsere Gewissensentscheidungen achten und die subjektive Aufrichtigkeit der eigenen Gesinnung nicht zum allgemeingültigen Maßstab erheben. Es trifft nicht zu, daß die Gegner der Kernenergie per se über eine größere moralische Sensibilität verfügen. Die Befürworter einer verantwortungsvollen Nutzung der Kernenergie haben gleichermaßen Anspruch darauf, daß ihr politisches Wollen als gewissensgeleitet respektiert wird — nicht mehr, aber auch nicht weniger.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir höchste Sicherheitsstandards. Wir lassen uns nichts von dem **Grundsatz „Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit“** abhandeln. Wissenschaftler der unterschiedlichsten Disziplinen, Physiker, Chemiker, Ingenieure, Techniker überprüfen und verschärfen — wo nötig — unsere Sicherheitsanforderungen ständig. Das Wort „Tschernobyl ist überall“ ist falsch. Es soll Panik machen. Die Frage hat zu lauten: Warum ist was in Tschernobyl geschehen? „Tschernobyl ist überall“, ist nichts anderes als der Versuch, die Menschen in Angst zu versetzen. Das ist nicht verantwortlich.

Die **Risiken eines Ausstiegs** aus der Kernenergie lassen sich demgegenüber **präzise beschreiben**: Würden zum Beispiel als Ersatz für abgeschaltete Kernkraftwerke alte Kohlekraftwerke ohne moderne Techniken — wie etwa die Rauchgasentschwefelung oder Wirbelschichttechnik — wieder in Betrieb genommen, so hätte das unabsehbare Folgen für die menschliche Gesundheit, für die Ökologie, für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze. **Wir sind doch keine Verehrer irgendeiner Technik oder Energieart. Wir sind auch keine Kernkraftfetischisten. Es gehört daher zu den energiepolitischen Prioritäten der Bundesregierung, die Erforschung neuer Tech-**

nologien zu fördern, die noch sicherer, noch umweltschonender und noch wirtschaftlicher sind.

Die deutschen Kernkraftwerke — sowohl diejenigen, die in Betrieb und im Bau sind, als auch diejenigen, die sich noch im Stadium der Planung befinden — werden noch einmal von der Reaktorsicherheitskommission auf die Sicherheit aller technischen Anlagen hin überprüft. Die Reaktorsicherheitskommission nimmt in jedem Einzelfall Stellung und berichtet über die Ergebnisse. Darüber hinaus habe ich dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, Herrn Dr. Blix, anlässlich seines Besuches in der vergangenen Woche angeboten, einige deutsche Kernkraftwerke durch Spezialistenteams der IAEA auf ihre Sicherheit überprüfen zu lassen. In den nächsten Tagen werde ich dieses Angebot in einem Brief an Herrn Generaldirektor Dr. Blix konkretisieren.

Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Avantgarde im weltweiten Bemühen um höchste Sicherheit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie gehört. Diese Bedeutung konnte der Bundesrepublik nur dadurch zukommen, daß sie die international geforderten Maßnahmen zuerst im eigenen Land verwirklicht hat. Dies hat unsere Glaubwürdigkeit, unser weltweites Ansehen begründet: **Unsere Reaktorsicherheit gilt weltweit als vorbildlich.**

Lassen Sie mich noch auf **drei Orientierungspunkte** eingehen, die meine Aktivitäten auf energiepolitischem Felde bestimmen werden. Es sind dies **Aufklärung, Konsensbildung und internationale Kooperation.**

Zum **Thema Aufklärung** habe ich schon einiges gesagt: Es geht mir vor allem um die **Wiedergewinnung der argumentativen Dimension in der Debatte**, um den besten Weg zu einer langfristig gesicherten, wirt-

schaftlichen, umweltfreundlichen und vor allem möglichst risikoarmen Energieversorgung. Ich sehe hier auch eine ganz wichtige Aufgabe für die Parteien, die nach dem Grundgesetz „bei der Willensbildung des Volkes“ mitwirken sollen. Mit Sorge beobachte ich, daß sich die SPD dieser Pflicht mit einem **energiepolitischen „Sowohl-Als-auch“**, das sich bei einigen ihrer Repräsentanten zu einem **kräftigen „Weder-Noch“** steigert, zu entziehen versucht. Ich erinnere etwa an den Beschluß der Delegierten des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, nachdem die endgültige Betriebsgenehmigung für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop verhindert werden soll; hier äußert sich ein unüberbrückbarer Meinungsunterschied zwischen dem bundesweit Mitgliedsstärksten SPD-Verband und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau.

Zum **Thema Konsens**: Angesichts der vitalen Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung für unser Land halte ich es für eine meiner zentralen Aufgaben, für die **Wiederbelebung der parteiübergreifenden energiepolitischen Koalition** zu werben, die wir noch zu Beginn der achtziger Jahre hatten. Wir dürfen es nicht vergessen: Von den 20 in Betrieb befindlichen Kernenergie-Anlagen sind 17 unter einer SPD-geführten Bundesregierung eingeschaltet worden. Beim Regierungswechsel 1969 waren lediglich drei Reaktoren — Kahl, Jülich und Obrigheim — in Betrieb, von denen nur einer als ein kommerzielles Kraftwerk heutiger Größenordnung gelten kann.

Die **SPD setzt den bisherigen energiepolitischen Konsens**, zu dem übrigens gerade auch die Gewerkschaften einen entscheidenden Beitrag geleistet haben, **leichtfertig aufs Spiel**. Auch dies sehe ich mit großer Sorge. Ich sage das nicht als Parteipolitiker, sondern mit Blick auf die **staatspo-**

litische Bedeutung einer gemeinsamen Grundposition in Fragen von derart vitaler Bedeutung für unser Volk.

Zum **Thema internationale Kooperation**: Ich möchte hier zunächst den französischen Philosophen Andre Glucksmann zitieren, der unser Hauptproblem — und das betrifft sowohl die Kernenergie als auch die Umweltbelastung durch Kohlekraftwerke — wie folgt auf den Punkt gebracht hat: „Wer vor der eigenen Tür fegt, säubert dabei noch lange nicht den Stall des Nachbarn.“ **Bundeskanzler Helmut Kohl hat zukunftsweisende Maßstäbe gesetzt mit seiner Anregung, eine internationale Konferenz mit hohen Regierungsvertretern über Fragen der Reaktorsicherheit abzuhalten.** Tschernobyl hat uns ja vor Augen geführt, daß auf dem Felde der internationalen Kooperation in Fragen des Umweltschutzes elementare Dinge noch aufzuarbeiten sind. Die einhellig positive Reaktion auf die Initiative des Bundeskanzlers zeigt, daß er richtig entschieden hat.

Innerhalb der **Europäischen Gemeinschaft** sind wir da schon ein Stück weiter, auch dank des unermüdlichen Drängens der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage aber auch: Wir sind noch nicht weit genug. In diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf die Verdienste meines Kollegen **Friedrich Zimmermann** nicht fehlen. Was hier geleistet worden ist, ist beachtlich. Ich selbst messe darüber hinaus der bilateralen Zusammenarbeit große Bedeutung zu. Auch hier beobachte ich mit Sorge, daß Teile der SPD ausgerechnet gegenüber unseren westlichen Nachbarn mehr auf Konfrontation denn auf Kooperation setzen. Eine Politik der Stimmungsmache mag kurzfristigen parteipolitischen Nutzen stiften; dem Interesse unserer Bevölkerung dient sie gewiß nicht.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Überlegung vortragen, die in der bisheri-

gen Debatte über Fragen der Reaktorsicherheit zu kurz gekommen ist, weil sie weniger technischer als vielmehr politischer Natur ist. Der russische Schriftsteller **Lew Kopelew**, Freund von Andrej Sacharow und des vor einem Jahr verstorbenen Heinrich Böll, schrieb zum Reaktorunglück von Tschernobyl: „Das schreckliche Unglück von Tschernobyl ist ein Zeugnis dafür, daß Mißachtung der Menschenrechte — in diesem Fall des Rechts auf offene Information, auf freie Kritik selbst der höchsten Behörden — eine Mißachtung der Menschenleben im eige-

nen Land und in aller Welt bedeutet.“ Ich halte dies für einen ganz wichtigen Gedanken: **Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke beruht letztlich darauf, daß unsere freiheitliche Demokratie auch die Energiepolitik einer permanenten Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterstellt. Die von unserem Grundgesetz garantierte Freiheit der Meinungsäußerung ist vielleicht die wirksamste Garantie für die Sicherheit unserer Kernkraftwerke.** Dies sollten wir immer wieder betonen. In Tschernobyl hat nicht nur die Technik, sondern auch ein politisches System versagt. ■

Wir lassen die Bauern nicht im Stich **Kanzler und Minister sprachen mit der Bauernführung**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 30. Juni mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes von Heereman und den Landesbauernverbandspräsidenten ein ausführliches Gespräch über die längerfristige Ausrichtung der Agrarpolitik geführt. Dieses Gespräch war die Fortsetzung des Treffens des Präsidiums der CDU mit den Bauernverbandspräsidenten am 14. April 1986 in Niedersachsen.

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: die Bundesminister Schäuble, Stoltenberg, Kiechle und Wallmann sowie Ministerpräsident Albrecht und der Parlamentarische Staatssekretär von Geldern.

Hauptgegenstand des Gespräches war die mittel- und längerfristige Ausrichtung der Agrarpolitik in der EG und in der Bundesrepublik Deutschland. Von seiten des Berufsstandes wurden die nationalen Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Einkommen in der deutschen

Landwirtschaft und die engagierte Vertretung deutscher Interessen in der EG ausdrücklich anerkannt.

Hauptziel der Neuorientierung der Europäischen Agrarpolitik muß eine Gesundung der Märkte sein, damit einkommensorientierte Preispolitik wieder möglich ist. Nach Auffassung aller Gesprächsteilnehmer muß die Preispolitik wesentliches Element der Einkommenspolitik bleiben. Deshalb müßten so schnell wie möglich europaweit rasch wirkende marktentlastende Maßnahmen ergriffen werden.

Europäische und nationale Agrarpolitik müßten auf eine Sicherung und Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft im Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben ausgerichtet sein. Dazu gehöre auch eine enge Bindung der Tierhaltung an den Boden. Dies bedeute jedoch auch eine stärkere Berücksichtigung nationaler Notwendigkeiten im Rahmen EG-weiter Zielsetzungen und Abstimmung.

Menschenrechte auch für Deutsche in den kommunistischen Diktaturen

Zu einem Meinungsaustausch über deutschland- und vertriebenenpolitische Fragen trafen sich am 7. Juli 1986 das CDU-Präsidium unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl und das Präsidium des Bundes der Vertriebenen mit Präsident Herbert Czaja. Bei diesem Gespräch wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß Deutschland Zukunft hat und daß die ganze deutsche Frage offen ist.

Herbert Czaja dankte der CDU und insbesondere ihrem Vorsitzenden für die klaren Aussagen zur Rechtslage Deutschlands und dafür, daß der Bundeskanzler auch international das Offensein der deutschen Frage vertreten und erfolgreich um Verständnis für die deutsche Frage geworben habe.

Einig waren sich CDU und BdV darin, daß im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik korrekten und der rechtlichen Situation entsprechenden Begriffen eine hohe Bedeutung zuzumessen ist. Verstärkte Anstrengungen seien nicht nur bei öffentlichen Verlautbarungen, sondern auch im Schul- und Bildungsbereich erforderlich. Bundesminister Windelen wies darauf hin, daß derzeit die zweite Auflage einer Landkarte in Vorbereitung sei, die den rechtlichen Gegebenheiten entspreche.

Die Vertreter des BdV äußerten die Erwartung einer verstärkten Unterstützung der kulturellen Breitenarbeit und insbesondere der geschichtlichen Forschung über Ostdeutschland sowie die ost- und südosteuropäischen deutschen Siedlungsgebiete. Dieser Bereich weise noch erhebliche Lücken auf. Der Bundeskanzler sagte zu, sich dieser Bitte persönlich anneh-

men zu wollen. Er betonte, daß das Bewußtsein für geschichtliche Zusammenhänge und das Verlangen nach Identität der Nation zunehmend feststellbar seien und daß Werte wie „Heimat“ und „Vaterland“ besonders bei der Jugend wieder Zuspruch fänden. BdV und CDU stimmten darin überein, daß auch in Zukunft Gewaltverzicht und Verständigungsgebot unstrittig sein müßten. Unabdingbar sei auch die Forderung, daß bei der weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte diese auch für die unter kommunistischen Diktaturen lebenden Deutschen einzufordern sind. Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er sich bei der in Wien geplanten KSZE-Folgekonferenz über die Menschenrechte für eine entsprechende Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland einsetzen werde.

Die BdV-Vertreter gaben ihrer Sorge Ausdruck, daß die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße in der öffentlichen Meinung und im Bewußtsein vieler Bürger immer mehr in den Hintergrund gerieten. Generalsekretär Heiner Geißler unterrichtete das Präsidium des BdV über die deutschlandpolitischen Grundlinien des in Vorbereitung befindlichen Wahlprogrammes der Union, das ausgehend von der Menschenrechtsfrage und von der Europäischen Gemeinschaft als Modell der gesamteuropäischen Friedensordnung klare Aussagen über die offene deutsche Frage, das Ziel der Überwindung der Teilung in freier Selbstbestimmung, das Festhalten an der Präambel des Grundgesetzes und an der einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft enthalten werde. Das sei im übrigen die eindeutige Beschlußlage aller CDU-Gremien.

Heiner Geißler:

Dieser Entwurf ist der Fahrplan für ein rot-grünes Bündnis

Als Abkehr von ihrem Godesberger Programm hat Generalsekretär Heiner Geißler den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD bezeichnet. In einer Stellungnahme zu der Vorlage für den SPD-Parteitag im August erklärte Heiner Geißler in Bonn, der Entwurf sei ein „politischer Fahrplan für den Brandt-Kurs zu einer rot-grünen Mehrheit links von der Mitte, von der die Öko-Spezialisten in der SPD träumen“. Es werde keine neue, sondern eine „falsche Sicht der Dinge“ vorgetragen und damit bewiesen, daß der „Helmut-Schmidt-Flügel in der SPD“ politisch nichts mehr zu sagen habe.

Wörtlich heißt es in der Erklärung: Unabhängig vom Inhalt fällt auf, daß dieses Programm eher ein hastig zusammengestelltes Aktionsprogramm zur Überdeckung der tatsächlich vorhandenen grundsätzlichen Gegensätze in der SPD ist und eben nicht ein Beitrag, der den Namen Grundsatzprogramm verdient. Daß dies nicht gelungen ist, kann man der SPD-Führung nicht einmal vorwerfen. Jede Partei braucht, vor allem, wenn sie in die Opposition gekommen ist, eine längere Phase für die geistige und politische Erneuerung. Nur so konnte auch das Grundsatzprogramm der CDU nicht im vierten Jahr der Opposition, sondern erst nach fast einem Jahrzehnt erarbeitet und verabschiedet werden. Die SPD ist mit diesem Vorhaben zu früh gestartet. Nach dem Scheitern ihrer Politik in der Regierung ist die Sozialdemokratische Partei offensichtlich noch nicht reif für eine

überzeugende neue Darstellung ihrer politischen Grundsätze. Sie hat mit der diskursiven Auseinandersetzung über die wichtigsten Fragen unseres Landes in der Außen- und Wirtschaftspolitik noch nicht einmal begonnen. Bisher ist die Diskussion in der SPD nicht darüber hinausgekommen, die bis jetzt noch geltenden Grundsätze des „Godesberger Programms“ in Frage zu stellen. Schlimmer noch: Der sozialdemokratische Diskurs stellt nicht einmal die richtigen Fragen dieser Zeit, geschweige denn, daß er die richtigen Antworten gibt.

Es ist festzustellen:

① Die SPD ist mit dem Versuch, ein Programm für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten dreißig Jahren zu erarbeiten, gescheitert. Der Programmentwurf beinhaltet nicht eine neue, sondern eine falsche Sicht der Dinge und ist ein Beleg dafür, daß der Helmut-Schmidt-Flügel in der SPD politisch nichts mehr zu sagen hat. Der Programmentwurf ist ein politischer Fahrplan für den Brandt-Kurs zu einer rot-grünen Mehrheit links von der Mitte, von der die Öko-Sozialisten in der SPD träumen. Der Entwurf ist auch ein Beweis dafür, daß sich SPD-Kandidat Rau mit seinem Konzept, bürgerliche Wähler anzusprechen, innerhalb seiner eigenen Partei und der Programmkommission nicht durchsetzen konnte. Darüber können auch einige sprachliche Glättungen und Leerformeln nicht hinwegtäuschen. Rau hat die Quittung dafür erhalten, daß er an der inhaltlichen und programmatischen Diskussion der SPD nicht teilnimmt.

Im Gegensatz zum Godesberger Programm basiert der Irseer Programmentwurf auf einem kulturpessimistischen Untergangsszenario, das überall nur Gefahren in der künftigen Entwicklung unserer Gesellschaft sieht und die Chancen für positive Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verkennt. Die SPD hat keine positive Zukunftsvision unserer Gesellschaft.

② Marxistische und sozialistische Denk-schablonen des 19. Jahrhunderts bestimmen nach wie vor die Analyse und Philosophie der SPD in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik und verhindern damit eine angemessene Problembeschreibung und die Entwicklung von Lösungskonzepten für künftige Probleme: „Ziel des Sozialismus war und ist es, ... die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, der Gewinnerzielung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu brechen, die Existenz bevorzogter herrschender Klassen aufzuheben...“ (S. 7).

Neu am Programmentwurf im Vergleich zum Godesberger Programm ist, daß die SPD die Argumente und Konzepte der Öko-Sozialisten in Fragen der Umwelt, der Wissenschaft und Technik und in der Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend übernimmt.

Außen- und Sicherheitspolitik

③ Zu den „Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens“ gehört nach Auffassung der SPD der Frieden, der als Voraussetzung für die Realisierung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstanden wird (Seite 12). Wer aber den Frieden zum „obersten Grundwert“ (Egon Bahr) macht, übersieht, daß die Verwirklichung der Menschenrechte und der Grundwerte Voraussetzungen für Frieden sind. Wo die Men-

schenrechte und die Grundwerte mißachtet werden, ist der Friede bedroht und unsicher. Wer unter dem Vorwand der Friedenspolitik zu den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa schweigt, dient weder dem Frieden noch den Menschenrechten.

Im Gegensatz zum Godesberger Programm findet sich in dem neuen Programmentwurf keine Aussage zur Bedrohung der westlichen Demokratien durch die totalitäre und expansive Politik der Sowjetunion. Statt dessen werden die USA massiv kritisiert („verschärfte Kriegsgefahr“, S. 20; „strebt Überlegenheit an und macht Weltmachtspolitik ohne Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten und deren Interessen“, S. 21). Dieser sozialdemokratische Antiamerikanismus ist eine Gefährdung der europäischen Sicherheit.

Die USA und die Sowjetunion werden als „die Weltmächte“ unterschiedslos, ohne jede Bewertung der gegensätzlichen politischen Ziele und militärischen Strategien gleichgesetzt (Beispiele S. 19, 23, 26). Die Lehre von der Äquidistanz beherrscht die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD. Deshalb spricht die SPD auch von „gemeinsamer Sicherheit“ und „Partnerschaft des Friedens“ zwischen Ost und West (S. 20 und 24).

Diesem Werteneutralismus entspricht die Forderung nach politischer Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, die von immer mehr Sozialdemokraten für richtig gehalten wird.

Die sozialdemokratische Außenpolitik basiert auf einem grundsätzlichen Irrtum: Die SPD reduziert die Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West auf ein quasi nationalstaatliches Konkurrenzverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion. Sie blendet absichtlich oder unabsichtlich die Tatsache aus, daß die eigentliche Ursache für Spannungen zwi-

schen Ost und West in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Unfreiheit, von Demokratie und Diktatur liegt.

Im Gegensatz zum Godesberger Programm spricht die SPD im neuen Programmwurf nicht mehr von der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Die SPD muß sich fragen lassen, ob sie der Forderung der Grünen nach der Streichung des Wiedervereinigungsgebots der Verfassung nachgeben will.

Die Forderung nach „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ (S. 21) und nach der „Europäisierung Europas“ (S. 25) sowie die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa belegen, daß die SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik Positionen gegen die USA und gegen die NATO einnimmt und gleichzeitig großes Verständnis für die sicherheitspolitischen Forderungen der Sowjetunion aufbringt. Dem entspricht das eingeschränkte Bekenntnis zur NATO (S. 21) Mit diesen Vorstellungen wird die SPD zu einem außen- und sicherheitspolitischen Risiko.

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

④ In der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik versucht die SPD, eine marxistisch bestimmte Analyse der Klassengesellschaft mit einem Bekenntnis zur Marktwirtschaft und deren Prinzipien zu vereinbaren. Dieser Versuch muß fehlschlagen. Daher wird das halberzige Bekenntnis der SPD zum Markt durch die Befürwortung staatsdirigistischer Instrumente wieder aufgehoben. Die SPD sieht immer noch das Heil in einem umfassend und vorausschauend planenden Staat, der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und die gesellschaftliche Entwicklung lenkt und auch vor „Vergesellschaftung“ und permanenten direkten Eingriffen in

die Wirtschaft nicht zurückschreckt. Im einzelnen ist folgendes zu kritisieren:

■ Die SPD ist nach wie vor geprägt von der Vorstellung, daß die Wirtschaft beherrscht wird von dem unüberwindlichen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und daß deshalb das Kapital der Arbeit untergeordnet werden müsse (S.49). In einer Fixierung auf dieses alte Muster des sozialistischen Klassenkampfes vergißt sie die Antworten auf die wirklich vorhandenen Probleme: auf die Neue Soziale Frage mit dem Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, auf die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau und auf die Tatsache, daß heute nicht mehr die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, sondern die Produktionsfaktoren Wissen und Information knappe Güter sind, und sie weicht einer Antwort auf die Herausforderung aus, neue und flexible Formen der Arbeit zu finden.

■ Die überbetriebliche Planung und die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten wird befürwortet. Die Beendigung des Feudalismus, d. h. die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht, war eine der großen Errungenschaften des modernen demokratischen Verfassungsstaates. Die von der SPD vorgeschlagenen überbetrieblichen, mit Vertretern der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Wirtschaft besetzten Institutionen bedeutet die Wiederherstellung des Feudalismus in anderem organisatorischen Gewand.

■ In diese Gesamtkonzeption paßt, daß durch eine „Politik des ausgewählten Wachstums“ die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gesteuert werden soll. Konsequenterweise wird die Möglichkeit der Ausgabenerhöhung des Staates und der damit verbundenen Erhöhungen von Steuern und Abgaben sowie einer expansiven Finanzpolitik mit höhe-

rer Neuverschuldung, höheren Zinsen wieder eröffnet.

Damit zeigt sich, daß die SPD nichts dazugelernt hat.

In der Wirtschaftspolitik hält sie an ihren falschen Konzepten fest, die auf eine höhere Staatsquote, mehr staatliche Lenkung, mehr Gleichmacherei und Umverteilung, mehr bürokratische Kontrollen hinauslaufen.

Wissenschaft und Technik

⑤ Die technik- und wirtschaftsfeindliche Politik der SPD wird durch den Programmwurf bestätigt:

Die SPD befürwortet die „politische Gestaltung der Technik“ sowie eine „bewußte Steuerung der technischen Innovation“

(Seite 61/62); die technische Innovation muß „demokratisch beherrschbar sein“, und die Arbeitnehmer müssen bei der Einführung neuer Techniken „gleichberechtigt mitbestimmen“ (Seite 63). Damit würden die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und die Freiheit der Forschung der Vergangenheit angehören.

Die SPD unterstellt einem Teil der deutschen Wissenschaftler, sie würden ihre Forschung militärischen und industriellen Zwecken unterordnen und „auf diese Weise den gesellschaftlichen Erkenntnisprozeß verhindern“ (Seite 64). Mit dieser realitätsfernen „Analyse“ rechtfertigt die SPD staatliche Eingriffe in die Freiheit der Wirtschaft und Forschung und plädiert für die „gesellschaftliche Kontrolle“ der Wissenschaft (Seite 64 f.).

Unabhängig davon ist einer der unauflösbaren Widersprüche die Behauptung, daß der demokratische Sozialismus seine geistigen Wurzeln sowohl im Christentum wie in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre habe. Dies ist jedoch nicht möglich. Die Auffassung von Marx, daß der „Mensch, wie er geht und steht“,

Zitat

Wirtschafts-Weltmeister

„Massenelend“, „Sozialabbau“ und „neue Armut“ — bekannte Begriffe aus einschlägigen Loseblattsammlungen. Damit möchte man die Deutschen in den Sommerurlaub entlassen und hernach wieder empfangen. Schließlich ist Wahlzeit.

Indes will sich die schlotternde Furcht nicht einstellen, wenn man an die 2,2 Billionen (!) Mark Geldvermögen denkt, das die Deutschen aufgehäuft haben. Sechs Wochen Urlaub sucht auf der Welt seinesgleichen. Millionen, die im Ausland Ferien machen, mögen zwar Strände und Palmen bewundern, kaum aber den Massenwohlstand, die Preise oder die soziale Sicherung dort. Die bombenstabile Deutsche Mark zieht neidische Blicke auf sich.

1985 mußte ein Industriearbeiter nur 13 Minuten arbeiten, um sich ein Päckchen Butter, ein Ei und eine Flasche Bier zu kaufen, in den „goldenen Fünzfzigern“ fünfmal solange (eine Stunde und sechs Minuten). Dabei ist Kaufkraft des Lohnes nur einer von vielen erstaunlichen Wohlstandsindikatoren. Der Erfolg gilt wenig im eigenen Lande. Vielleicht stellen die Urlauber aus der Ferne fest, daß sie wirtschaftlich erreicht haben, was sie im Fußball verfehlten: die Weltmeisterschaft.

(Die Welt, 3. 7. 1986)

noch nicht der eigentliche Mensch sei, sondern nur derjenige, der das richtige gesellschaftliche Bewußtsein und den richtigen Klassenstandpunkt habe, ist nicht vereinbar mit dem christlichen Menschenbild, aufgrund dessen die Würde des Menschen unabhängig von seiner Klasse, seiner politischen und seiner religiösen Meinung deswegen unantastbar ist, weil der Mensch das Geschöpf und das Ebenbild Gottes ist und daher weder einer Ideologie noch dem Staat, noch der Macht einzelner zur Disposition steht.

25 Jahre Berliner Mauer – ein Tag zum Nachdenken

Der 13. August fordert dazu heraus, Stellung zu beziehen, weil er nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat: Mit Aktionen und Veranstaltungen sollten Sie auf den Jahrestag des Mauerbaus und seine Bedeutung aufmerksam machen.

Aktionsvorschläge

1. Mauerbauten

Errichten Sie z.B. in der Haupteinkaufsstraße (Fußgängerzone) eine „Mauer“ aus Hohlblocksteinen oder Styropor-Blöcken (die Sie freilich grau anmalen und miteinander verkleben sollten). An einer beliebigen Stelle lassen Sie einen kleinen Durchgang, an dem Sie „Passierscheine“ und Flugblätter verteilen. Als „Dekoration“ können Sie selbstgemalte Tafeln und Aufschriften wie z.B. „Achtung! Sie verlassen den französischen/britischen/amerikanischen Sektor“ verwenden. Daß Sie die gesamte Aktion in der Presse ankündigen und an einem Info-Stand zur Diskussion einladen sollten, versteht sich beinahe von selbst, ebenso wie rechtzeitige Information des Ordnungsamtes.

2. Meinungs-Pinn-Wand

Neben dem Info-Stand plazieren Sie eine Stellwand, an der Sie große Papierbahnen befestigen. Laden Sie die Passanten dazu ein, ihre Meinung zu den Themen „Mauer“ und „Deutsche Frage“ aufzuschreiben (die nötigen Filzstifte sollten Sie freilich in ausreichender Stückzahl bereithalten). Im Laufe eines Tages entsteht auf diese Weise eine beeindruckende Wandzeitung, die von vielen gelesen wird — auch von denen, die sich nicht

trauen, ihre Meinung schriftlich zu äußern. Bitten Sie Historiker, Geschichtslehrer, Zeitzeugen und natürlich auch die heimischen Politiker, zu Gesprächen zur Verfügung zu stehen.

3. Talkshows unter freiem Himmel

Eine Podiumsdiskussion im Freien — z. B. in der Fußgängerzone oder einer Grünanlage — erregt weitaus mehr Aufmerksamkeit als eine Saalveranstaltung. Stellen Sie ein großes Sofa auf ein ca. 1 m hohes Podium und bitten Sie Kommunalpolitiker, ehemalige DDR-Bewohner, Zeitzeugen, Historiker etc. zu Interviews zum Thema „13. August“. Als Interviewer muß übrigens nicht unbedingt ein Mitglied des örtlichen CDU-Vorstandes auftreten, vielleicht können Sie einen Journalisten oder Lehrer als „Talkmaster“ gewinnen.

4. Meinungsumfrage

Die Pinn-Wand-Aktion läßt sich auch in „mobiler“ Form durchführen, indem Sie den Passanten einen Fragebogen vorlegen, den sie quasi „im Vorübergehen“ beantworten können. Die Bögen spannen Sie auf Klemmbretter, damit niemand gezwungen ist, sich erst irgendeinen festen Untergrund suchen zu müssen. Bei der Formulierung der Fragen sind Ihrer Phantasie keine Grenzen gesetzt. (Daß die Antwortenden anonym bleiben dürfen, versteht sich allerdings von selbst.) Eine solche Meinungsumfrage ist keineswegs repräsentativ, kann aber durchaus ein Stimmungsbild wiedergeben. Haben Sie auch dann, wenn Ihnen das Resultat nicht gefällt, keine Scheu, es zu veröffentlichen. Gegebenenfalls müssen Sie die Konsequenzen für den Alltag — z.B. For-

derung nach eingehenderer Behandlung der Deutschen Frage im Schulunterricht — deutlich herausstreichen.

5. Dia-Abend

Die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ (Haus am Checkpoint-Charlie, Friedrichstraße 44, 1000 Berlin 61, Tel. 030/251 1032) bietet Dia-Serien zu den Themen „Mauerbau“ und „Fluchtversuche“ an. Wenn Sie das Ereignis des Mauerbaus und die nachfolgenden Geschehnisse in Erinnerung rufen oder Wissenslücken bei Jugendlichen füllen wollen, empfiehlt es sich, mit diesem Material einen Dia-Abend zu gestalten.

6. Filmvorführung

Die gleichen Absichten lassen sich erfüllen, indem Sie einen Film vorführen, der aktuell produziert wurde und von den Landesfilmdiensten und Landesbildstellen kostenlos verliehen wird: „Der Zukunft zugewandt — Warum die DDR die Mauer baute“ (32 Minuten, 16-mm-Film oder VHS-Kassette). Diesen und weitere Filme können Sie auch beim Gesamtdeutschen Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Adenauerallee 10, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/207-1) ausleihen. (Lassen Sie sich ggf. einen Katalog zusenden.)

7. Gespräche mit ehemaligen DDR-Bürgern

Im Bundesgebiet leben einige tausend Menschen, die irgendwann aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt sind. Laden Sie diese Mitbürger zu einer großen öffentlichen Diskussionsrunde ein und bitten Sie sie, über ihre Erfahrungen zu berichten. Engen Sie das Thema in diesem Fall nicht zu sehr ein, sondern eröffnen Sie die Möglichkeit, z.B. allgemein den Alltag in der DDR nach dem 13. August 1961 zu schildern. Lassen Sie (beisp. von ehemaligen politischen Häft-

lingen) auch konkrete Menschenrechtsverletzungen schildern.

Falls Sie Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Referenten, nach redege wandten ehemaligen DDR-Bewohnern oder auch Autoren benötigen, können Sie sich an die Referentenvermittlung des Gesamtdeutschen Instituts wenden (Adenauerallee 10, 5300 Bonn 1, Tel. Nr. 0228/207-1).

Eine Flugblatt-Druckvorlage geht allen CDU-Kreisgeschäftsstellen rechtzeitig vor dem 13. August zu. Außerdem erscheint zu diesem Thema eine Wandzeitung.

JU-Demonstration

Mauern stehen nicht ewig — Die Deutschen sollen einander näherkommen. — Die Junge Union lädt ein zur gemeinsamen Demonstration am 9. August in Berlin mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, und Staatsminister Lorenz.

Die Junge Union erklärt hierzu: Die Freiheit bleibt Kern der Deutschen Frage.

Die besonnene Politik der Regierung Kohl hat in den letzten Jahren die Mauer durchlässiger gemacht und vielen Deutschen die Freiheit verschafft. Zehntausende Menschen konnten von Deutschland nach Deutschland gelangen.

Dennoch sind bis in die jüngste Vergangenheit Menschen um ihrer Freiheit willen an der Grenze, die unser Vaterland teilt, gestorben — und dies auch an der Mauer in Berlin.

Die Junge Union fordert daher:

- Aufhebung des Schießbefehls durch die DDR
- Größere Freizügigkeit im innerdeutschen Reise- und Besuchsverkehr
- Frieden und Freiheit für alle Deutschen.

Zur Sache:

30 Jahre Wehrpflicht

Danke Soldaten!

Mehr als vier Millionen junge Männer haben in 30 Jahren in der Bundeswehr gedient. Mit ihrem Wehrdienst haben sie unserem Land Frieden und Freiheit erhalten.

Frieden in Freiheit ist unser höchstes Gut. Wenn wir auch in Zukunft frei leben wollen, brauchen wir den Einsatz und die Bereitschaft der Bürger, den Frieden zu sichern.

Unsere Soldaten leisten dafür einen unverzichtbaren Beitrag. Sie verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung.

„Die Bundeswehr ist unentbehrlich für die politische Handlungsfreiheit der Bundesrepublik Deutschland. Sie bleibt der Garant für die Sicherheit unseres Staates und die Freiheit aller Bürger. Alle Soldaten haben daran einen ganz persönlichen Anteil. Dies gilt vor allem für unsere wehrpflichtigen Mitbürger in Uniform.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl am 14. November 1985 im Deutschen Bundestag)

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Max Inzinger: Die beste Diät ist und bleibt die Vorsorge-Diät (letzte Seite)

**CDU
extra**



Walter Wallmann

**Wallmann:
So packe
ich es an**

Seite 2



Gewalttäter in Brokdorf

**Gewalt:
Jetzt
reicht's**

Seite 3

Wir sind auf einem guten Weg in

Deutschland

**Weiter so,
Helmut
Kohl!**

Souveräner Führer einer erfolgreichen Politik: Kanzler Kohl am Kabinettstisch

Mit den Händen zu greifen sind die Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Mit Konsequenz und Stetigkeit hat der Bundes-

kanzler nicht nur, so erkennen diese Politik an, die ihnen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beschert. Und sie lehren eine rote-



Die Presse über den Kanzler

Jetzt mehr Rente auch für die älteren Frauen

Auch die vor 1921 geborenen Mütter bekommen ihre Erziehungszeiten auf die Rente angerechnet. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dafür gesorgt, daß auch die älteren Frauen in den Genuß einer höheren Rente von etwa 25 Mark pro Kind kommen werden. Die Regierungskoalition einigte sich jetzt auf eine Stufenregelung, die mit den Jahrgängen 1906 und früher beginnen wird.

Banken: Stabilität auf für Aufschwung

Die Voraussetzungen für einen weiteren nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung sind nach Meinung des Bundesverbandes Deutscher Banken noch günstiger geworden. Der anhaltende Aufwärtstrend lasse sich vor allem auf die Stabilisierung der Preise, die gesunkenen Zinsen und die gestiegenen Unternehmenserträge zurückführen.

Ab Sommer vier Prozent mehr BAföG

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (BAföG) wird ab

Die CDU ist auch im Sommer da!

Niedersachsen hat gezeigt: Wir müssen um jeden Wähler kämpfen. Und dabei gibt es keine geruhige Sommerpause, denn auch unsere Gegner schlafen nicht. Für eine aktive Sommerarbeit hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle deshalb ein aktuelles Verteilmittel erstellt.

Unter der Schlagzeile „Weiter so, Helmut Kohl“ werden die Erfolge der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung erläutert. Breiten Raum nehmen seine Entscheidungen zur Einrichtung eines Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter Walter Wallmann sowie die Erweiterung des Ministeriums von Rita Süsmuth um die Frauenpolitik ein. Das Thema Gewalt und Rot/Grün wird in dem vierseitigen CDU extra ebenfalls deutlich angesprochen.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15 DM
Bestellnummer: 2837

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Schöne Ferien.



CDU

Das wünscht allen Lesern die Redaktion des UiD. Diese CDU-Postkarte können Sie aber auch erwerben und verschicken. Mindestabnahme: 50 Stück, Preis pro Mindestabnahme: 7,50 DM, Bestellnummer: 9669. Bestellungen an das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4864 Versmold.

UiD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

21/86